

Maria Lusch hatte auch diese dunkle Seite. Sie verstarb „im April 1946 in der Nähe von Wernigerode“, genauere Angaben sind nicht bekannt (Landesinwohneramt Berlin 2000). Vermutlich fand sie auf der Flucht über die „grüne Grenze“ den Tod.

Professor Dr. Peter Reinicke ist Sozialarbeiter und Dipl.-Pädagoge und lehrte Sozialarbeit an der Evangelischen Fachhochschule Berlin. E-Mail: peter@reinicke.de

Literatur

Archiv Diakonisches Werk, CA/PA II Nr. 184

Bundesarchiv (ehem. BDC) NSLB

Bundesarchiv (ehem. BDC) NSDAP-Gaukartei

Evangelische Gesundheitsfürsorge: Denkschrift anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Deutschen Evangelischen Krankenhausverbandes. Berlin-Dahlem 1936, S. 32

Harmsen, Hans: Die Vereinigung für den Fürsorgedienst im Krankenhaus. In: Mitteilungen des Deutschen Evangelischen Krankenhausverbandes 3-5/1927, S. 48

Landesarchiv Berlin A Rep. 001-06 Nr. 18485

Landeseinwohneramt Berlin II A 826 vom 2.9.2000

Landeshauptstadt Kiel Stadtarchiv Az. 30.3 vom 20.9.2000

Lusch, Maria: Wechselbeziehung zwischen den einzelnen Fürsorgezweigen vom Standpunkt der Fürsorgerin. In: Zeitschrift für Schulgesundheitspflege und soziale Hygiene 12b/ 1925 (Ergänzungsband), S. 641-654

Lusch, Maria: Fürsorgedienst im Krankenhaus. In: Mitteilungen des Deutschen Evangelischen Krankenhausverbandes 9-10/1928a, S. 55-57

Lusch, Maria: Gedanken zur Entwicklung der Hauskrankenpflege. In: Mitteilungen des Deutschen Evangelischen Krankenhausverbandes 9-10/1928b, S. 112-115

Lusch, Maria: Die Einstellung der Hebamme in das System der Mütter- und Säuglingsfürsorge. In: Gesundheitsfürsorge der Inneren Mission 3-4/1929a, S. 83-84

Lusch, Maria: Körperliche und seelische Pflege des Kindes in Heimen und Krankenanstalten. In: Gesundheitsfürsorge der Inneren Mission 5-6/1929b, S. 143

Lusch, Maria: Fürsorge an Mädchenberufsschulen und Wege zu ihrer Durchführung. Schauberg 1930

Reinicke, Peter: Harmsen, Hans. In: Maier, Hugo (Hrsg.): Who is Who der Sozialen Arbeit. Freiburg im Breisgau 1998, S. 228-229

Reinicke, Peter: Geburtsstätte der deutschen Krankenhaussozialarbeit. Die Charité in Berlin wird 300 Jahre alt. In: FORUM Sozialarbeit + Gesundheit 3/2010, S. 33-35

Stadtarchiv Kiel: Personalakte Oberfürsorgerin Maria LUSCH (Signatur. 31842)

ALLGEMEINES

Hilfe der Bundesregierung für syrische und irakische Flüchtlinge. Nach Angaben des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat die Bundesregierung für die Belange irakischer Flüchtlinge seit Sommer des vergangenen Jahres 134 Mio. Euro bereitgestellt. Um die humanitäre Krise in Syrien zu lindern, sind seit dem Jahr 2012 mehr als 900 Mio. Euro gezahlt worden. In einigen Gebieten dieser Länder können Hilfebedürftige von außen nicht versorgt werden. Im Irak sind mehr als 8 Mio. Menschen auf Beistand angewiesen, 3 Mio. gelten als Binnenflüchtlinge. Die Anzahl der vom Flüchtlingshilfswerk UNHCR registrierten syrischen Flüchtlinge liegt bei 11,6 Mio. Etwa ein Drittel davon häuft sich in Nachbarländern wie dem Libanon, Jordanien und der Türkei auf. Deutschland reagiert auf den Konflikt in Syrien mit drei strategischen Ansätzen: Flüchtlingshilfen und Unterstützung der Aufnahmeländer, Stärkung moderater Kräfte in Syrien und diplomatische Ansätze, um einen Dialog mit Regionalmächten wie Saudi-Arabien, Iran und der Türkei in Gang zu bringen. Quelle: *hib – heute im bundestag* 17.6.2015

Shape the Future. Zukunft des Stiftens. Von Roland Berger Strategy Consultants. Hrsg. Robert Bosch Stiftung. Stuttgart 2014, 92 S., kostenlos *DZI-E-1092* Anlässlich ihres 50-jährigen Bestehens widmet sich die Robert Bosch Stiftung mit dieser Studie der Frage nach der Zukunftsfähigkeit des Stiftungssektors. Vor dem Hintergrund eines sich durch die Globalisierung und den demographischen Wandel verändernden Umfeldes wird untersucht, wie sich Stiftungen positionieren können, um die ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen bestmöglich für das gesellschaftliche Wohl nutzbar zu machen. Die empirischen Grundlagen der Abhandlung bilden Literatur- und Presserecherchen, Interviews und Workshops. Ausgehend von Beobachtungen zum Wandel der Zivilgesellschaft und zur deutschen und US-amerikanischen Stiftungslandschaft beschäftigt sich die Arbeit mit einer Zukunftsaufgabe für Stiftungen. Im Mittelpunkt stehen hierbei deren Rollenverständnis und Themen, die Dimensionen Wirkung, Innovation, Transparenz und Strategie, die personelle Ausstattung und die Bedeutung von Kooperationen. Die Darstellung schließt mit einem Ausblick auf mögliche Entwicklungen bis zum Jahr 2030. Bestellanschrift: Robert Bosch Stiftung GmbH, Heidehofstraße 31, 70184 Stuttgart, Tel.: 07 11/460 84-0, Internet: www.bosch-stiftung.de

Schwere Formen der Arbeitsausbeutung in Europa. Einem neuen Bericht der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) zufolge laufen Menschen, die innerhalb der Europäischen Union (EU) umziehen oder in die EU einwandern, Gefahr, beruflich ausgenutzt zu werden. Besonders verbreitet seien inakzeptable Beschäftigungsverhältnisse in Wirtschaftszweigen wie der Landwirt-

schaft, der Hausarbeit, dem Bauwesen, der Hotellerie und Gastronomie und dem verarbeitenden Gewerbe. Migranten und Migrantinnen seien häufig für Stundenlöhne von einem Euro oder weniger bei Arbeitszeiten von zwölf Stunden oder mehr an sechs oder gar sieben Tagen in der Woche tätig. Der Bericht befasst sich unter anderem mit der Ausbeutung von Kindern, mit Risikofaktoren, mit der Prävention und mit dem Monitoring. Empfohlen werden umfassende Arbeitsplatzkontrollen, eine internationale Vernetzung der zuständigen Behörden, die Implementierung einer rechtlichen Beratung für Betroffene und eine engere Zusammenarbeit zwischen Gewerbeaufsicht und Polizei. Die komplette englischsprachige Expertise kann im Internet unter www.fra.europa.eu/en/media/press-packs/severe-labour-exploitation-eu eingesehen werden. Quelle: BRANDaktuell Newsletter 12.6.2015

Engagementstrategie Baden-Württemberg – Lebensräume zu „Engagement-Räumen“ entwickeln. Ergebnisse des Beteiligungsprozesses und Bewertung. Hrsg. Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren. Selbstverlag. Stuttgart 2014, 112 S., kostenlos *DZI-E-1177*

Anlässlich der regelmäßig tagenden Landesnetzwerkkonferenz wurde im März 2012 die Idee einer „Engagementstrategie Baden-Württemberg“ entwickelt, die darauf abzielt, das regionale Engagement durch verbesserte Rahmenbedingungen zu stärken, neue Freiwillige zu gewinnen und gemeinsam eine solidarische Gesellschaft zu gestalten. Die auf der Internetseite des Landesarbeitsministeriums bereitgestellte Broschüre beschreibt zivilgesellschaftliche Ansätze, die sich beispielsweise mit Inklusion, Integration und der Pflege beschäftigen. Eingegangen wird auch auf die Einbindung der Jugend sowie der älteren Generation, auf Engagemenmöglichkeiten für Menschen mit einem Handicap, auf interkulturelle Fragen und auf die Corporate Social Responsibility, den Beitrag von Unternehmen. Bestellanschrift: Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg, Schellingstraße 15, 70147 Stuttgart, Tel.: 07 11/123-36 60, Internet: www.buergerengagement.de

SOZIALES

Förderprogramme für Integrationsprojekte. Eine neue Zusammenstellung auf der Homepage des Integrationsbeauftragten vereinfacht die Recherche nach Fördermöglichkeiten für Projekte zur Integration von Menschen mit einem Migrationshintergrund. Auf der Website finden sich Hinweise zu Förderprogrammen der EU, des Landes Berlin und einiger Stiftungen und Vereine mit Links zu den jeweiligen Vergabestellen sowie Angaben zu den gewünschten Aktivitäten und den Bewerbungsfristen. Die Übersicht steht unter www.berlin.de/lb/intmig im Internet. Quelle: Pressemitteilung der Berliner Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen vom 19.6.2015

Bundeskompetenzzentrum Barrierefreiheit kündigt Schließung an. Da die bisherige Förderung ausläuft, hat das Bundeskompetenzzentrum Barrierefreiheit (BKB) in Berlin am 18. Juni dieses Jahres beschlossen, seine Geschäftsstelle zum 31. März 2016 aufzulösen. Zu den Mitgliedern des Ende 2008 gegründeten BKB gehören die Sozialverbände SoVD und VdK sowie weitere 13 bundesweit tätige Behindertenverbände. Ziel des privaten Zweckverbandes ist die Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes und insbesondere die Verwirklichung der Barrierefreiheit. Die Mitgliederversammlung des BKB appellierte an die Bundesregierung, das BKB zu einer dauerhaften, unabhängigen Fachstelle für Barrierefreiheit zu entwickeln. Sollte es gelingen, bis Ende September eine Anschlussfinanzierung zu erhalten, wäre der Auflösungsbeschluss unwirksam. Quelle: Pressemitteilung des BKB Bundeskompetenzzentrum Barrierefreiheit e.V. vom 19.6.2015

Arbeitslosengeld II für Geringverdiener und Erwerbslose. Hartz IV 2015. Grundsicherung. Hrsg. Der Paritätische Gesamtverband. Verlag C.H.Beck. München 2015, EUR 5,50 *DZI-E-1179*

In Deutschland leben derzeit zirka 6 Mio. Personen und damit ungefähr 7,4 % der Bevölkerung von sogenannten Hartz-IV-Leistungen. Um Betroffene über den aktuellen Stand der Gesetzgebung zu informieren, hat der Paritätische Wohlfahrtsverband nun diese Neuauflage seines Leitfadens herausgegeben. Dieser beschreibt auf verständliche Weise, wer Anspruch auf welche Leistungen hat, wie diese beantragt werden und welche Besonderheiten für Auszubildende, Studierende, Schülerinnen und Schüler sowie zugewanderte Personen gelten. Auch die Anrechnung von Einkommen wird erläutert. Darüber hinaus enthält die Handreichung Tipps zur Formulierung eines Widerspruchs und zum Umgang mit Rückforderungen sowie Hinweise zu weiteren Ratgebern und Internetadressen von Beratungsstellen für arbeitslose Menschen. Bestellanschrift: Verlag C.H.Beck, Wilhelmstraße 9, 80801 München, Tel.: 089/381 89-0, Internet: www.beck.de

Berliner Inklusionspreis 2015. Das Land Berlin ruft kleine, mittelständische und große Unternehmen sowie öffentliche Betriebe zur Teilnahme am diesjährigen Inklusionswettbewerb auf, mit dem eine vorbildliche Beschäftigung von Menschen mit Schwerbehinderung belohnt wird. Die von einer Expertenjury ausgewählten Gewinnerinnen und Gewinner erhalten eine Geldprämie von jeweils 10 000 Euro, eine Skulptur und eine Urkunde, verbunden mit der Berechtigung, das Logo des Berliner Inklusionspreises über einen Zeitraum von drei Jahren in ihrer Korrespondenz und Öffentlichkeitsarbeit zu nutzen. Die Prämierung erfolgt am 30.11.2015 im Wappensaal des Roten Rathauses. Bewerbungen können noch bis zum 15. September dieses Jahres bei folgender Anschrift eingereicht werden: Landesamt für Gesundheit und Soziales, Integrationsamt, Turmstraße 21, Haus A, 10559

Berlin. Für Rückfragen stehen die Rufnummer 030/ 902 29-33 07 und die E-Mail-Anschrift Nelli.Stanko@lageso.berlin.de zur Verfügung. Wer teilnehmen möchte, erhält die Bewerbungsunterlagen unter www.berlin.de/lageso/arbeit/inklusionspreis/index.html im Internet. Quelle: Mitteilung des Landesamtes für Gesundheit und Soziales Mai 2015

Mindestlohn bei Krankheit. Nach einer Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts in Erfurt vom 13. Mai dieses Jahres haben Beschäftigte auch im Krankheitsfall einen Anspruch auf den Mindestlohn. Geklagt hatte eine in einer Aus- und Weiterbildungsfirmen tätige pädagogische Mitarbeiterin. Der Arbeitgeber zahlte zwar für tatsächlich geleistete Arbeitsstunden den Mindestlohn, nicht jedoch für durch Feiertage oder Krankheit ausgefallene Stunden, für die nur die niedrigere betriebliche Vergütung gewährt wurde. Der 10. Senat begründete seine Entscheidung mit dem Entgeltfortzahlungsgesetz, das auch dann greife, wenn sich die Höhe des Arbeitsentgelts nach einer Mindestlohnregelung richte, die keine Bestimmungen zur Entgeltfortzahlung und zum Urlaubsentgelt enthalte. Der Klägerin stehe eine Nachzahlung von rund 1 029 Euro zu. Obwohl das Urteil zunächst nur für Aus- und Weiterbildungsfirmen gilt, könnte es nach Auffassung von Fachkräften des Arbeitsrechts eine Signalwirkung auf die gesamte Rechtsprechung zum Mindestlohn entfalten. Quelle: SoVD Soziales im Blick Juni 2015

GESUNDHEIT

„Gepflegt in der Gegenwart“. Gut versorgt durch ambulante Pflege. Hrsg. Paritätischer Wohlfahrtsverband. Selbstverlag. Berlin 2014, 48 S., kostenlos *DZI-E-1243* Als Teil der Kampagne „Gepflegt in die Zukunft“ startete im Dezember 2014 die hier dokumentierte Fotoausstellung „Gepflegt in die Gegenwart“ in Berlin Neukölln. Ergänzend zu den Fotographien dieser Veranstaltung enthält dieses Themenheft einen Überblick über das Leistungsspektrum der ambulanten Pflegedienste und über spezifische Arbeitsfelder wie die Sozialarbeit und die psychiatrische Hauskrankenpflege. Weitere Beiträge beschäftigen sich mit Demenz-Wohngemeinschaften, mit der persönlichen Assistenz für Menschen mit einer Behinderung und mit der häuslichen Pflege bei schweren Krankheiten. Wer sich über lokale Angebote informieren möchte, findet hier zudem ein Adressverzeichnis der Pflegeeinrichtungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in Berlin. Bestellanschrift: Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Berlin e.V., Brandenburgische Straße 80, 10713 Berlin, Tel.: 030/860 01-0, Internet: www.paritaet-berlin.de

Petition zum Thema Pflege. Um die Situation pflegebedürftiger Menschen und deren Angehöriger zu verbessern, hat der Petitionsausschuss des Bundestages am 17. Juni dieses Jahres beschlossen, eine Petition beim

Bundesgesundheitsministerium einzureichen. Darin wird gefordert, Familien mit mehr als einem pflegebedürftigen Kind entgegenzukommen, indem der jeweilige zeitliche Hilfebedarf bei der Berechnung der Pflegebedürftigkeit addiert wird. Wenn beispielsweise zwei pflegebedürftige Kinder in einer Familie jeweils einen Hilfebedarf von 30 Minuten haben, erfüllt keines der Kinder einzeln die Bedingung für die Pflegestufe 1. Zusammengerechnet jedoch läge der Hilfebedarf bei 60 Minuten, womit die Voraussetzung für die Pflegestufe 1 erfüllt wäre. Darüber hinaus sollen mit einem Zweiten Pflegestärkungsgesetz ein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff und ein neues Begutachtungsverfahren eingeführt werden. Auf diese Weise wolle man bei Vorliegen einer somatischen, kognitiven oder psychischen Beeinträchtigung den Leistungszugang erleichtern. Ein weiteres Anliegen der Petition besteht darin, anstelle der derzeit drei Pflegestufen fünf Pflegegrade einzuführen, die den individuellen Pflegebedarf besser erfassen sollen. Quelle: hib – heute im bundestag 17.6.2015

Gesundheitswirtschaftliche Gesamtrechnung.

Als Instrument zur Beurteilung der Gesundheitswirtschaft hat das Bundeswirtschaftsministerium im April dieses Jahres die aktuelle gesundheitswirtschaftliche Gesamtrechnung vorgestellt. Durch die Zusammenführung von Daten aus verschiedenen Statistiken entstand ein Bericht, der die zahlreichen Wirkungszusammenhänge in der Gesundheitswirtschaft differenziert abbildet. Insgesamt habe man im Jahr 2014 mit einer absoluten Bruttowertschöpfung von 279 Mrd. Euro rund 11,1 % der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung im Gesundheitsbereich erwirtschaftet, wobei mit rund 6,2 Mio. Beschäftigten jeder siebte Arbeitsplatz dieser Branche zuzuordnen sei. Die Erhebung befasst sich auch mit der Bedeutung des Ehrenamtes zur Entlastung der Fachkräftesituation und mit der gesellschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Relevanz des Gesundheitssektors. Die Internetseite www.bmwi.de/DE/Mediathek/publikationen, did=704728.html bietet einen Einblick in die gesamte Studie. Quelle: das Krankenhaus 6.2015

Netzwerk für Menschen mit Demenz. Angesichts der steigenden Lebenserwartung besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass sich die Anzahl der heute etwa 1,5 Mio. demenzkranken Menschen in Deutschland zukünftig weiter erhöhen wird. Mit der Intention, deren Lebensqualität zu verbessern, hat die Bundesregierung im September 2012 die Allianz für Menschen mit Demenz ins Leben gerufen, die zum Grundstein für eine nationale Demenzstrategie werden soll. Bis zum Jahr 2017 fördert das Bundesfamilienministerium Mehrgenerationenhäuser und weitere Einrichtungen mit dem Ziel, lokale Netzwerkstrukturen auf- und auszubauen. Zu diesem Zweck sollen bis zum Jahr 2016 landesweit 500 „Lokale Allianzen für Menschen mit Demenz“ entstehen, die vom Bund über einen Zeitraum von zwei Jahren gefördert werden. Ein

Beispiel hierfür ist die im St. Hedwig-Krankenhaus angesiedelte „Lokale Allianz für Menschen mit Demenz in Berlin Mitte“, die darauf hinarbeitet, die Selbstständigkeit der vor Ort Betroffenen möglichst lange aufrechtzuerhalten und die Gesellschaft für das Thema „Demenz“ zu sensibilisieren. Nähere Informationen hierzu eröffnet das Bundesfamilienministerium auf den Internetseiten www.lokale-allianzen.de, www.allianz-fuer-demenz.de und www.wegweiser-demenz.de. Quelle: *Berliner Behinderten Zeitung Juni 2015*

MDK zählt 3 796 Behandlungsfehler. Der Medizinische Dienst der Krankenkassen (MDK) ist im Jahr 2014 14 663 Verdachtsmeldungen auf einen Behandlungsfehler nachgegangen. Bestätigt wurden hiervon mit 3 796 Fällen gut ein Viertel der Eingaben. Knapp zwei Drittel der Beanstandungen bezogen sich auf Krankenhausaufenthalte, ein Drittel auf die medizinische Versorgung in einer niedergelassenen Arztpraxis. Die meisten Behandlungsfehler wurden im Bereich Orthopädie und Unfallchirurgie festgestellt, gefolgt von der Zahnmedizin, der Allgemein- und Viszeralchirurgie, der Frauenheilkunde, der Inneren Medizin und Allgemeinmedizin und der Pflege. Quelle: *Berliner Ärzteblatt 5-6/2015*

JUGEND UND FAMILIE

Modellprojekt zur Prävention sexualisierter Gewalt.

Im Sinne einer effektiveren Vorbeugung sexualisierter Gewalt hat das Bundesfamilienministerium gemeinsam mit einigen anderen Akteuren im Juni dieses Jahres das Modellprojekt „Beraten & Stärken – Schutz von Mädchen und Jungen mit Behinderung vor sexueller Gewalt in Institutionen“ eröffnet. Dieses wird durchgeführt in Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für Prävention und Intervention bei Kindesmisshandlung und -vernachlässigung e.V., der Universität Köln und zehn Fachberatungsstellen mit dem Arbeitsschwerpunkt sexualisierte Gewalt. Im Zeitraum 2015 bis 2018 sollen bundesweit in 100 Einrichtungen der Behindertenhilfe und der Kinder- und Jugendhilfe Fachkräfte fortgebildet, die Strukturen für den Kinderschutz optimiert und Präventionstrainings mit den jungen Menschen realisiert werden. Vorgesehen sind auch begleitende Angebote für Eltern. Die Ergebnisse werden in Form von Handlungsempfehlungen veröffentlicht und sollen später als Grundlage für weitere Maßnahmen dienen. Eine ausführliche Darstellung steht im Internet unter www.dgfpj.de zur Einsicht. Quelle: *Pressemitteilung des Bundesfamilienministeriums vom 22.6.2015*

Berliner Monitoring Jugendgewaltdelinquenz.

Erster Bericht 2014. Hrsg. Landeskommission Berlin gegen Gewalt. Selbstverlag. Berlin 2014, 158 S., kostenlos *DZI-E-1246*

Eine wesentliche Aufgabe der im Jahr 2013 von der Landeskommission Berlin gegen Gewalt eingerichteten

11.-13.9.2015 Rehburg-Loccum. Tagung des Forums für Bürgerbeteiligung und kommunale Demokratie: Bürgerbeteiligung in gesellschaftlichen Konfliktfeldern: Chancen, Hindernisse, Widersprüche. Information: Stiftung Mitarbeit, Ellerstraße 67, 53119 Bonn, Tel.: 02 28/604 24 13, E-Mail: leinauer@mitarbeit.de

17.-18.9.2015 Hamburg. Fachkongress: Besser als ihr Ruf! Fachlich selbstbewusste Kinderschutzpraxis unter hohem Erwartungsdruck. Information: Die Kinderschutz-Zentren, Bonner Straße 145, 50968 Köln, Tel.: 02 21/56 97 53, E-Mail: die@kinderschutz-zentren.org

17.-18.9.2015 Berlin. Tagung: Das Kind im Kiez – Lebenswelten entwicklungsgefährdeter Kinder. Information: Koordinationsstelle der KJA/SPZ im Sozialverband VdK, Friedbergstraße 39, 14057 Berlin, Tel.: 030/823 80 63, E-Mail: kja-spz-koordination-berlin@vdk.de

24.-25.9.2015 Wien. 12. Drei-Länderkongress in der Psychiatrie: Sprachen – Eine Herausforderung für die psychiatrische Pflege in Praxis, Management, Ausbildung und Forschung. Information: Krankenanstalt Rudolfstiftung, Herr Dr. Harald Stefan, MSc., Juchgasse 22, A-1030 Wien, Österreich, Tel.: 00 43/1/711 65-0, E-Mail: haraldstefan@gmx.at

24.-25.9.2015 Montreux/Schweiz. 14. Europäischer Kongress der E.D.E: Vom Manager zum Netzwerker – Chancen von Netzwerkarbeit in der Langzeitpflege. Information: Organizers Schweiz GmbH, Obere Egg 2, CH-4312 Magden, Tel.: 00 41/061 836 98 78, E-Mail: registration@organizers.ch

25.9.2015 Frankfurt am Main. Sozialwissenschaftliche Fachtagung: Mutterschaft sichtbar machen. Sorgepraxis zwischen mütterlicher Verantwortung und wissenschaftlicher Vernachlässigung. Information: Frankfurt University of Applied Sciences, Abteilung Kommunikation und Marketingservices, Frau Sarah Blaß, Nibelungenplatz 1, 60318 Frankfurt am Main, Tel.: 069/15 33-30 41, E-Mail: blass@kom.fra-uas.de

25.9.2015 Dublin/Irland. European Research Conference on Families, Housing and Homelessness. Information: Nóra Teller, Metropolitan Research Institute, Lónyay utca 34, H-1093 Budapest, Tel.: 00 36/1/217 90 41, Internet: <http://www.mri.hu>

30.9.-2.10.2015 Darmstadt. 9. Bundeskongress Soziale Arbeit. Information: Roland Anhorn, Evangelische Hochschule Darmstadt, Zweifalltorweg 12, 64293 Darmstadt, Tel.: 061 51/87 98-55, E-Mail: anhorn@noSpameh-darmstadt.de

Arbeitsstelle Jugendgewaltprävention besteht darin, ein auf vier Jahre angelegtes lebensweltorientiertes Monitoring der Jugendgewaltdelinquenz zu erstellen, um auf dieser Basis Anhaltspunkte für eine Verbesserung entsprechender Maßnahmen zu schaffen. Diese erste Bestandsaufnahme beruht auf dem Jahr 2012 und dem Schuljahr 2012/2013. Die Broschüre informiert über das Gewaltaufkommen in den verschiedenen Berliner Bezirksregionen, über mögliche Zusammenhänge zwischen soziostruktturellen Indikatoren und Gewalt und über Besonderheiten bezüglich Alter und Geschlecht der Tatverdächtigen. Dokumentiert werden auch Gewaltvorfälle an Berliner Schulen und die Entwicklung der Jugendgewaltdelinquenz in Berlin im bundesweiten Vergleich. Darüber hinaus eröffnet die Publikation einen Überblick über die Bandbreite gewaltpräventiver Angebote und deren Verteilung auf die Bezirke. Die Ergebnisse münden in Empfehlungen zur Verringerung der Jugendgewalt in Berlin. Bestellanschrift: Landeskommision Berlin gegen Gewalt, Klosterstraße 47, 10179 Berlin, Tel.: 030/902 23-2913, Internet: www.berlin.de/gegen-gewalt

Studie zum Bildungs- und Teilhabepaket. Seit dem 1. April 2011 können langzeitarbeitslose und geringverdienende Eltern für ihre Kinder Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) für Schulutensilien, Klassenfahrten oder ein warmes Mittagessen beantragen. Der Zuschuss für eine Mitgliedschaft in einem Sportverein oder für Musikunterricht liegt bei monatlich zehn Euro. Auch eine kostenlose Nachhilfe gehört zu den Leistungen. Die Nationale Armutskonferenz kritisiert, arme Kinder seien in Deutschland weiterhin benachteiligt. So habe eine Studie der Bertelsmann-Stiftung ergeben, dass Kinder mit Armutshintergrund kaum Zugriff auf soziale und kulturelle Aktivitäten hätten. Während beispielsweise bei Kindern und Jugendlichen aus finanziell unabhängigen Familien 77 % Sport in einem Verein ausübten, liege dieser Anteil bei Kindern aus armen Haushalten nur bei 46 %. Auch nach vier Jahren seien sich nur wenige Eltern über den vollen Umfang ihre Ansprüche im Klaren.

Quelle: *caritas in NRW* Juni 2015

Internetseite für Familien. Unter der Anschrift www.familien-wegweiser.de hat das Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend Wissenswertes für Familien zusammengestellt. Neben Erläuterungen zu staatlichen Unterstützungsleistungen, zu Ganztagschulen, zur Elternzeit und zu vielen weiteren Themen gibt es hier auch einige praktische Apps mit zahlreichen Spielideen für mehrere Altersgruppen, Warte-Spielen sowie Tipps und Anregungen für die Berufswahl. Quelle: *zukunft jetzt* 2.2015

AUSBILDUNG UND BERUF

IT-Report für die Sozialwirtschaft 2015. Im April dieses Jahres ist die 8. Ausgabe des IT-Reports für die

Sozialwirtschaft erschienen, der in jährlicher Folge ein wissenschaftlich untermauertes Bild des Einsatzes von Informationstechnologie (IT) in sozialwirtschaftlichen Organisationen liefert. Im Mittelpunkt steht wie schon im Jahr 2012 der Wertbeitrag der IT in den Einrichtungen und Diensten der Branche. Die Untersuchung widmet sich auch den IT-Betriebsmodellen, der internen Dienstleistungsqualität und der Zufriedenheit der Anwender mit führenden Herstellern von Branchensoftware. Die im Jahr 2014 eingeführte vertiefte Befragung zu mobilen Lösungen und Cloud-Angeboten wurde fortgeführt. Ein neuer Schwerpunkt gilt den Dokumentenmanagementsystemen und deren Nutzungszwecken. Als Orientierung für den Softwarekauf dient eine Auflistung von 45 Anbieterfirmen und deren Produkten. Der IT-Report kann zum Preis von 52 Euro per E-Mail an christine.vetter@ku.de angefordert werden. Quelle: Presseinformation der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt vom 5.5.2015

Mehr Auszubildende in Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialberufen. Gemäß einer Studie des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) steigt die Anzahl der Auszubildenden im Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialbereich kontinuierlich an, während die Zahlen in den übrigen vollzeitschulischen Ausbildungsgängen zurückgehen. Der Zulauf zu den bundesrechtlich geregelten Gesundheitsfachberufen in Bereichen wie der Pflege, der Therapie und des Rettungsdienstes habe sich von 2007/08 bis 2013/14 um gut 11 % auf 200 000 erhöht. Um rund 38 % auf 160 000 angestiegen seien die Auszubildenzahlen in den landesrechtlich geregelten Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialberufen mit einer besonderen Bevorzugung der Bereiche der Erziehung, der Altenpflege, der Kinderpflege und der Sozialassistenz. Das gesamte wissenschaftliche Diskussionspapier kann unter der Anschrift www.bibb.de/veroeffentlichungen/de/publication/show/id/7661 im Internet abgerufen werden. Quelle: Pressemitteilung des BIBB vom 17.6.2015